CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung

SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung

DIE LINKE in der Bezirksvertretung

FDP in der Bezirksvertretung

Herrn Bezirksbürgermeister Dr. Stefan Kühn der Bezirksvertretung Heckinghausen

Datum 17.02.2026

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr. **VO/0276/26**
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
17.02.2026	**BV Heckinghausen**

Haushaltsbegleitbeschluss - Verkehrliche Anbindung der 7. Gesamtschule/Heckinghauser Straße
Gemeinsamer Antrag der Fraktion von SPD, CDU, B90/DIE GRÜNEN sowie DIE LINKE und FDP vom 16.02.2026

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung Heckinghausen empfiehlt dem Rat der Stadt Wuppertal, die Verwaltung zu beauftragen, den östlichen Abschnitt der Heckinghauser Straße (Waldeckstraße bis Lenneper Straße/Bockmühle) bis spätestens Ende 2027 planerisch so weit vorzubereiten, dass ein wirtschaftlich tragfähiges, leistungsfähiges und verkehrssicheres Konzept zur Anbindung der neuen Gesamtschule rechtzeitig zur vorgesehenen Inbetriebnahme ab 2030 umgesetzt werden kann.

Ziel ist es, frühzeitig Planungssicherheit zu schaffen, Fördermöglichkeiten systematisch zu prüfen und kostenintensive Übergangs- oder Provisoriumslösungen zu vermeiden. Der Umbau soll zugleich städtebauliche Impulse setzen, die Standortattraktivität des Quartiers stärken und eine verlässliche Erschließung für alle Verkehrsteilnehmenden gewährleisten.

Über den jeweiligen Planungsfortschritt ist der Bezirksvertretung regelmäßig zu berichten.

Unterschrift

Jörg A. Dörr
SPD-Fraktion

Ilona Schäfer
Fraktion B90/DIE GRÜNEN

Ilka Oberhaus
Die Linke

Christiane Sippel
CDU-Fraktion

Christoph Schirmer
FDP

Begründung

Mit der geplanten Inbetriebnahme der neuen Gesamtschule mit Sporthalle ab 2030 ist im östlichen Abschnitt der Heckinghauser Straße sowie im Bereich Bockmühle/Lenneper Straße mit einem deutlich erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen. Neben rund 1.200 Schülerinnen und Schülern entstehen zusätzliche Verkehre durch Lehr- und Verwaltungspersonal, Lieferverkehre, Elternfahrten sowie insbesondere durch den öffentlichen Personennahverkehr.

Die bestehende Straßenraumaufteilung weist bereits heute Defizite bei der Schulwegsicherheit, der Barrierefreiheit und der geordneten Abwicklung der unterschiedlichen Verkehrsarten auf. Für die künftigen Anforderungen ist die vorhandene Infrastruktur nicht ausreichend ausgelegt. Eine verspätete Anpassung würde zu provisorischen Lösungen, Einschränkungen der Leistungsfähigkeit und vermeidbaren Mehrbelastungen des städtischen Haushalts führen.

Eine frühzeitige, ergebnisoffene Planung ermöglicht eine wirtschaftliche und bedarfsgerechte Neuordnung des Straßenraums. Ziel ist eine ausgewogene Verkehrslösung, die die Sicherheit erhöht, die Leistungsfähigkeit sicherstellt und die Wahlfreiheit der Verkehrsmittel respektiert. Dabei sollen Fuß-, Rad-, Individual- und öffentlicher Verkehr funktional und effizient berücksichtigt werden.

Zentrale Bestandteile des Konzepts sollen sichere Querungsmöglichkeiten, ausreichend dimensionierte und barrierefreie Gehwege, leistungsfähige ÖPNV-Haltestellen sowie sichere und durchgängige Radverkehrsanlagen sein. Durch die rechtzeitige planerische Vorbereitung können Investitionen gebündelt, Fördermittel effizient genutzt und eine langfristig tragfähige Infrastruktur geschaffen werden, die sowohl den Anforderungen eines modernen Bildungsstandorts als auch den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit, Verlässlichkeit und Generationengerechtigkeit entspricht.